

Michael Girking (Salzburg)

„Erklär’ mir die Welt“ – Neoliberale Bewusstseinsarbeit am Beispiel des Wiener Hayek Instituts

Think Tanks sind Einrichtungen, die Orientierungswissen schaffen und in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess einbringen. Neoliberale Bewusstseinsarbeit kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Ausgehend von den Mont Pelerin Society (MPS), die 1947 von Friedrich v. Hayek gegründet wurde, bildeten sich zuerst in England, dann in anderen Ländern zahlreiche Institutionen, die dem keynesianistischen Nachkriegskonsens entgegentraten. Hayek nannte die westlichen Demokratien „unbeschränkte Demokratien“, die sich mit einer liberalen Gesellschafts- und Marktordnung nicht vereinbaren lassen. Sie würden auf den „Weg der Knechtschaft“ führen, so der Titel seines 1944 veröffentlichten Buches. Das Wiener Hayek Institut hat es sich zur Aufgabe gemacht, die weltweite Renaissance der Österreichischen Schule der Nationalökonomie zu unterstützen und deren Ideen, insbesondere die ihres Namensgebers, aktiv zu verbreiten und für heimische Entscheidungsträger aufzubereiten. Aufbauend auf die Grundzüge von Hayeks Denken wird in diesem Beitrag zuerst ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die Formierung neoliberaler Netzwerke gemacht, in denen auch die „Österreicher“ wachsende Bedeutung erlangten. Sodann wird das Hayek Institut etwas näher vorgestellt. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Fragen, was es will, was es tut und welche Netzwerke und personellen Verbindungen einerseits mit Politik und Wirtschaft, andererseits mit internationalen Ideengemeinschaften existieren.

*Keywords: Think Tanks, Hayek, Mont Pelerin Society, Österreichische Schule, Hayek Institut
Think Tanks, Hayek, Mont Pelerin Society, Austrian Economics, Hayek Institut*

1. Einleitung¹

Über die Bedeutung neoliberaler Wissensgemeinschaften und Think Tanks zu schreiben, verlangt eine gewisse Vorsicht. Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, als könne der neoliberale Trend in den letzten Jahrzehnten ausschließlich auf die Kraft von Ideen und intellektueller Überzeugungsarbeit zurückgeführt werden, als habe er nichts mit gesellschaftlichen, darunter nicht zuletzt ökonomischen Verhältnissen zu tun.

Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, dass mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein auch ihre Vorstellungen, An-

schaungen und Begriffe, mit einem Wort auch ihr Bewusstsein sich ändert?,

schrrieben Marx und Engels gegen idealistische Positionen (Marx/Engels 1999, 40). Ernest Mandel verkürzte 1980 bei seiner Erklärung des Führungswechsels in der akademischen Lehre diese Perspektive auf ein einfaches Basis-Überbau Schema. Als sich in den 1970er Jahre, nach den Jahren des „Wirtschaftswunders“, die Konjunktur deutlich abschwächte, veränderte sich auch das Kräfteverhältnis zwischen „Kapital“ und „Arbeit“.

Wenn wir aus einer expansionistischen in einer depressiven Welle landen, ist die Garantie der Arbeitsplätze, die Vertreibung der Armut, die Erweiterung der sozialen Sicherheit und die ... Steige-

rung der Realeinkommen der Lohnabhängigen nicht länger möglich.

Die Gewerkschaften verlieren ihre starke Position gegenüber den Unternehmern. Letztere können in einer Phase des verlangsamten Wirtschaftswachstums erfolgreich Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen ausüben. In diesem Augenblick

bekommt der Kampf für die Verbesserung der Profitrate ... oberste Priorität. Die monetaristische ‚antikeynesianische Konterrevolution‘ in der akademischen Welt der Ökonomie ist dann auch nichts anderes als der ideologische Ausdruck dieser veränderten Priorität (zit. n. Went 1999, 183).

Diese Deutung lässt die Rolle von Intellektuellen und Think Tanks als Entwickler und Träger von Ideen und ihre Bemühungen, damit politische und gesellschaftliche Debatten zu beeinflussen, ungebührlich unterbelichtet. John M. Keynes, der selbst einen Paradigmenwechsel in der ökonomischen Lehre eingeleitet hat, war von der Macht der Ideen sogar fest überzeugt.

Die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als wenn sie im Unrecht sind, sind einflussreicher, als gemeinhin angenommen wird. Die Welt wird in der Tat durch nicht viel anderes beherrscht. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellem Einfluß glauben, sind gewöhnlich Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen (Keynes 1936, 323).

Ed Feulner, Präsident der konservativen Heritage Foundation, sieht das ganz ähnlich und erklärt stolz, dass die Konservativen diesbezüglich ihre Lehren gezogen hätten. Bis in die 1970er Jahre waren sie mit ihrem Einsatz für freie Märkte und Wettbewerb am „Marktplatz der Ideen“ unterrepräsentiert und schlecht positioniert.

But in our competitive system, there was nothing to stop us from creating new forums for developing and marketing our ideas. Their birth and growth is the work of conservatives who chose to compete in the marketplace of ideas (Feulner 2000, 82).

Der Mensch macht Geschichte unter stets vorgefundenen Bedingungen, auf die organisierte Kräfte einwirken können. Die materielle

Wirklichkeit ist dabei stets mehr als nur eine „ökonomische Basis“. Sie bezieht sich gleichermaßen auf Ideen, sie sind ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen (Kräfte-)Verhältnisse, die aus dem Handeln der Menschen, aus dem „praktischen“ Lebensvollzug erwachsen (MEW 3 1969, 5f.). In diesem umfassenderen Sinne, so David Harvey, sind neoliberale Arrangements außergewöhnlich stark geworden.

Neoliberalism has, in short, become hegemonic as a mode of discourse. It has pervasive effects on ways of thought to the point where it has become incorporated into the common-sense way many of us interpret, live in, and understand the world (Harvey 2005, 3f.).

Neoliberale Programme haben sich freilich nicht einfach bei gleich bleibenden Rahmenbedingungen durchgesetzt. Sie stellen vielmehr eine „Reserveposition für kapitalistische De- und Reregulierungspolitik“ dar, die verwendet werden konnte, als keynesianistisch orientierte Arrangements nicht mehr funktionierten und neue Möglichkeiten sich auftaten.² Parteiische Think Tanks – sie sind ein Ausdruck der neuartig organisierten intellektuellen Einflussnahme – spielen dabei eine wesentliche Rolle. Generell können vier Think Tank Funktionen im politischen Prozess unterschieden werden: Informations- und Ideengewinnung (Produktion), Informations- und Ideenverbreitung (Diffusion), Allokations- und Netzwerkfunktion (Networking) und Elitentransfer bzw. -rekrutierung (Transformation) (Gellner 1995, 26). Eine Untersuchung neoliberaler Think Tanks erscheint dementsprechend als geeigneter Weg, Aufschluss über die Produktion und Verbreitung neoliberaler Ideen sowie über die Verbindungen zwischen neoliberalen Intellektuellen und anderen gesellschaftlichen Kräften (insbesondere in Wirtschaft, Politik und Medien) zu erlangen (Plehwe et al. 2006). Das Wiener Hayek Institut ist dafür ein bisher kaum beachtetes Musterbeispiel.

Das Hayek Institut hat sich zur Aufgabe gesetzt, Wegbereiter für die „Heimkehr“ der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ zu sein.³ Der Namensgeber des Instituts,

Friedrich v. Hayek, gilt neben Ludwig von Mises als einer ihrer profiliertesten Repräsentanten, die aber im Ausland (vor allem in den USA, England, Deutschland und der Schweiz) wesentlich stärker wirkten als in Österreich. 1974, ein Jahr nach von Mises Tod, erhielt Hayek als erster „Nicht-Keynesianer“ gemeinsam mit dem schwedischen Sozialisten Gunnar Myrdal überraschend den Nobelpreis und verhalf dadurch der Österreichischen Schule in den USA, wohin viele Vertreter bereits vor dem Zweiten Weltkrieg ausgewandert waren, zu steigendem Ansehen und Einfluss (Hoppe 1996, 71). Die „Österreichische Schule“ als Begriff ist dabei nicht unumstritten, weil er eine Einheitlichkeit suggeriert, die lange nicht so wahrgenommen wurde. Als ihr Begründer gilt Carl Menger (1840–1921) mit seinen Arbeiten zur Theorie des subjektiven Grenznutzens. Doch erst die relativ starke Wirkung in den USA hat dem Begriff der „Austrian Economics“ die definitive Bedeutung gegeben (Kreuzer/Wilhelmer 2004, 109). Hayek selbst gelangt in der Einleitung zu von Mises „Erinnerungen“ zu dem Urteil, dass die „heute fast nur in den Vereinigten Staaten aktive ‚österreichische Schule‘ ... im Grunde eine Mises-Schule [ist], die auf Ansätze von Böhm-Bawark zurückgeht“ (Mises 1978, XV). Kurt Rothschild präzisiert daher, dass die heute so genannte Österreichische Schule eigentlich eine österreichisch-amerikanische Schule ist. „Schwierig bleibt zu beantworten, was die österreichische Schule inhaltlich ausmacht“, da alle ihre Ideen auch bei anderen enthalten und nur nicht so stark betont worden sind.⁴ Fritz Machlup versucht es mit acht charakteristischen Punkten: Methodologischer Individualismus, methodologischer Subjektivismus, die subjektive Präferenzenreihung, das Konzept der Opportunitätskosten, das Grenznutzenprinzip, die Idee der Zeitpräferenz, die Konsumentensouveränität und der politische Individualismus (Leube 2000a, 22).

Im Folgenden werden zuerst einige zentrale Anliegen der neoliberalen Theorie zusammengefasst. Als Aufhänger dienen die Ideen Hayeks, da das Hayek Institut natürlich vor allem auf ihn immer wieder Bezug nimmt und seine Ideen in

unterschiedlichen Zusammenhängen eine variable Aufbereitung erfahren. Die dezidiert neoliberalen Positionen zu verschiedenen Themenbereichen werden vor diesem Hintergrund somit verständlicher. Allerdings sei damit nicht gesagt, dass der Neoliberalismus auf eine Denktradition reduziert werden könnte. Seine Stärke liegt gerade in der Vielfalt, die auf dem Boden einiger zentraler Grundsätze wächst. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Formierung neoliberaler Netzwerke, in denen – ausgehend von der 1947 von Hayek gegründeten Mont Pelerin Society – auch die „Austrians“ wachsende Bedeutung erlangten, wird das Hayek Institut in Wien etwas näher vorgestellt. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Fragen, was es will, was es tut und welche Netzwerke und personellen Verbindungen einerseits mit Politik und Wirtschaft, andererseits mit übernationalen Ideengemeinschaften existieren. Kurz, es soll das organisierte Zusammenspiel verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Kräfte erhellt werden, das bei der Erklärung von Entstehungs- und Wirkungszusammenhängen neoliberaler Arrangements unabdingbar ist.

2. Das neoliberale Weltbild: Eine Umkreisung

Der Neoliberalismus ist keine fest umrissene Theorie, und es soll daher nicht der Eindruck entstehen, Hayek wäre – obgleich eine der Leitfiguren des Neoliberalismus im 20. Jahrhundert – der Leitstern schlechthin. Historisch gesehen haben sich Formen des Liberalismus als Antwort auf den steigenden Einfluss sozialistischer Ansätze nach dem Ersten Weltkrieg neu gesammelt und positioniert. So hielt Ludwig von Mises 1922 fest: „Sozialismus ist die Losung unserer Tage. Die sozialistische Idee beherrscht heute die Geister ... Eine Grundsätzliche Gegnerschaft findet der Sozialismus nirgends“ (Mises 1922, 1f.). Die Ablehnung des „Kollektivismus“, was den Marxismus genauso mit einschließt wie die Sozialdemokratie, ist zunächst das, was den Neoliberalismus am meisten eint. Andererseits gab und gibt es erhebliche Differenzen, wie das Ver-

hältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft verstanden und organisiert werden soll. Der (Ordo-)Liberaler Alexander Rüstow äußerte abschätzig, Hayek und v. Mises seien mit ihren diesbezüglichen Vorstellungen ewiggestrige „Paläoliberaler“ (Rüstow 1961, 61ff.). Der Anarchokapitalist und v. Mises Schüler Hans-Hermann Hoppe wiederum bezeichnet die „Establishment-Liberalen“ Hayek und Friedman im Vergleich zu v. Mises als aufrechte Sozialdemokraten (*Junge Freiheit*, Nr. 43/2003). Hayek seinerseits sah sich als Libertärer, in Abgrenzung zu den Liberalen, die in den USA im Gegensatz zu den Konservativen eher der staatlichen Einmischung in Wirtschaft und Gesellschaft verbunden sind. Das erklärt die Affinitäten des europäischen Neoliberalismus mit dem US-amerikanischen Konservatismus. Hoppe gehört zu jenen aus dem Umkreis des Ludwig von Mises Institute und des Center for Libertarian Studies, die sich dafür einsetzen,

klassische (alte) Konservative und ultraliberale (libertäre) Anhänger der Marktwirtschaft zu einer bürgerlichen Fundamentalopposition gegen das System des demokratischen Zentralstaates ... und des ihm innewohnenden Schmarotzertums und Unrechtswesens zusammenschweißen (Hoppe 2003, 13f.).

Abseits unzähliger Meinungsverschiedenheiten gibt es im neoliberalen Lager einige allgemeine Grundlagen, die Hayek nicht unwesentlich mitgeprägt hat. Wie lässt sich sein Denken charakterisieren?

Nach Hayek basiert die gesellschaftliche Ordnung ganz wesentlich auf Evolution, d.h. sie entstand spontan, ohne bewusste Absicht (Hayek 1996, 40). Jeder Fortschritt sei dadurch erreicht worden, dass Menschen gegen Verhaltensregeln verstoßen und sie durch neue ersetzt haben, welche die Koordination des Handelns in größeren Gruppen ermöglichte. Sie taten es deshalb, weil es ihnen gegenüber anderen Vorteile verschaffte. Der Übergang von der kleinen Gemeinschaft zur modernen Großgesellschaft war daneben von der Bereitschaft der Individuen gekennzeichnet, sich nicht nur den Zielen der Gruppe unterzuordnen, sondern eigene Ziele zu verfolgen. Fortschritt resultiert

aus einem Entdeckungsverfahren, das auf Wettbewerb gründet. So entstanden bzw. setzten sich schließlich die Regeln des freien Marktes als effektivere Praktiken durch.

Für mich ist der Markt völlig analog zur Sprache, zum Recht, zur Moral. Der Markt ist keine vom menschlichen Verstand geschaffene Tradition, sondern eine, die in einer der Darwinistischen Entwicklung sehr ähnlichen Methode entstanden ist (Hayek in Kreuzer 1983, 21).

Das kleineren Gruppen eigene Solidaritätsgefühl sei dadurch überwunden worden. Jedoch komme das ökonomische Handeln der Individuen für ihr eigenes Wohl auch anderen zu Gute. Forderungen nach Solidarität oder einer gerechten Verteilung betrachtet Hayek als „atavistische Instinkte“, die zurückgelassen werden mussten. Der Sozialismus – er meint damit den Kommunismus genauso wie die Sozialdemokratie – sei ein „naiver“ Rückfall in die Instinkte der kleinen Gemeinschaften. Ihm fehlt die „Demut gegenüber den unpersönlichen und anonymen sozialen Vorgängen“. Sie sind nicht durch ein vernünftiges Planen zu steuern, sondern durch Verhaltensregeln, die sich durchgesetzt haben, weil sie erfolgreich waren: etwa die Regeln des Privateigentums und des Tausches (Hayek in Kreuzer 1983, 23ff.).

Alle halten sich also an einige allgemeine Regeln, darüber hinaus darf keiner vom Staat eine besondere Zuwendung erwarten. Dieser darf den Menschen nicht den Erfolg ihrer Bemühungen garantieren sondern nur die Grundbedingungen. Die Probleme fingen nach Hayek da an, wo der Staat über diese Aufgaben hinaus aktiv wurde:

Der in den 1870er Jahren einsetzende Verfall der liberalen Lehre hängt eng zusammen mit einer Neuinterpretation der Freiheit, wonach der Staat Mittel für eine große Zahl verschiedener Sonderzwecke kontrolliert und gewöhnlich auch bereitstellt (Hayek 1979, 23f.).

Neoliberale Freiheit bedeutet Abwesenheit von Zwang. Konkret am Beispiel eines Lohnarbeiters bedeutet dies, dass, auch wenn ihn die Gefahr des Hungers zwingt, „eine ihm widerwärtige Beschäftigung für einen sehr geringen

Lohn anzunehmen und er der Gnade des einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist, ihn zu beschäftigen“, kein Zwang vorliegt. Es liegt an ihm, sich zu verkaufen oder nicht. Seine Freiheit ist nicht beeinträchtigt, solange er nicht bewusst gezwungen wird, sich in den Dienst eines anderen zu stellen. Die Folgen seiner Umstände sind also keine anderen „als die einer Naturkatastrophe – eines Feuers oder einer Überschwemmung, die sein Heim zerstört, oder eines Unfalls, der seine Gesundheit schädigt“ (Hayek 1971a, 166). Und Wirkungen einer Naturkatastrophe fallen nicht in den Bereich der Verhaltensmoral.

Obwohl Hayek weiß, dass gleiche Regeln die Menschen aufgrund ihrer Ungleichheit immer in verschiedenen gute Positionen bringen, sieht er deren Freiheit damit nicht eingeschränkt. Geringe Chancen haben ihm zufolge mit Freiheit nichts zu tun, sie sind das Ergebnis unpersönlicher Marktprozesse, die niemand beabsichtigt habe oder steuern könne. Und wird es versucht, wie im Sozialismus, dann führe das auf den „Weg der Knechtschaft“ (Hayek 1971b). Darum sei auch die Frage nach sozialer Gerechtigkeit völlig sinnlos, weil kein Konsens darüber bestehe, was als gerecht oder ungerecht zu betrachten ist. Es gebe kein „Gemeininteresse“ und folglich sei soziale Gerechtigkeit „eine völlig nichtssagende Formel“ (Hayek 1996, 181). Hayek markiert gleichwohl eine Differenz zum ihm häufig unterstellten Marktfundamentalismus, indem er sich für ein allgemeines Bildungssystem aussprach, das „wenn nötig mit öffentlichen Mitteln“ finanziert werden soll (Hayek 1996, 202). Ferner plädierte er für ein Minimaleinkommen außerhalb des Marktes für jene, die sich am Markt nicht über Wasser halten können. Der freie Markt und seine Mechanismen sollen dadurch aber nicht beeinträchtigt werden. „Die ‚Marktwirtschaft‘ funktioniert, aber was soll eigentlich die ‚soziale Marktwirtschaft‘ sein?“ (Hayek in Kreuzer 1983, 29).

Aus seinem Marktverständnis leitet Hayek seine Kritik an der Demokratie ab. Er sieht den Staat unterwandert von Sonderinteressen (besonders der Gewerkschaften), die sich hinter der Floskel der sozialen Gerechtigkeit ver-

stecken. Für ihn sind „mehr oder weniger“ alle westlichen Demokratien „unbeschränkte Demokratien“. Maßnahmen, die von einer Mehrheit beschlossen werden als gerecht und legitim zu betrachten, sei „ein schlechter Witz“ (Hayek 1996, 205). Das bedeutet keineswegs, dass der Staat in Hayeks Verständnis keine Rolle spielen sollte. Im Gegensatz zu Laissez-faire Doktrinen aus dem 19. Jahrhundert wird ausdrücklich betont, dass er private Eigentumsrechte, freie Märkte und freien Handel schützen und wenn nötig herstellen müsse. Der Schweizer Neoliberale Gerhard Schwarz betont den politischen Charakter der neoliberalen Doktrin, indem er ergänzt, dass neben einer „unermüdlichen Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit“ „eine gewisse Umverteilung von Einkommen und Vermögen“ unablässig ist, um „die Akzeptanz einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen Ordnung zu sichern“, denn es nütze nichts, wenn ein „konsistentes Modell“ an der Wahlurne scheitert (Schwarz 2000, 227).

In diesem Kontext werden die Vorbehalte gegenüber der parlamentarischen Demokratie ebenso verständlich wie umgekehrt die Möglichkeit, neoliberale Rahmenbedingungen auch in autoritären politischen Regimen zu implementieren, etwa in China oder ehemals in Chile (Harvey 2005, 150). Harvey schlussfolgert daher, dass sich hinter der Werbung für neoliberale Spielregeln als bestmögliches gesellschaftliches Entwicklungsmodell ganz andere Ziele aufturn:

It has been part of the genius of neoliberal theory to provide a benevolent mask full of wonderful-sounding words like freedom, liberty, choice, and rights, to hide the grim realities of the restoration or reconstitution of naked class power, locally as well as transnationally, but most particularly in the main financial centres of global capitalism (Harvey 2005, 119).

3. Die „Austrians“ als wichtiger Bestandteil einer blühenden neoliberalen Netzwerklanschaft: Ein Blick zurück

Die Organisation einer neoliberalen Bewegung von „warriors with phd's“ (Kriegern mit

Dokortiteln) – wie die Washingtoner Post über die Angestellten der Heritage Foundation einmal schrieb⁵ – geht auf die Gründung der Mont Pelerin Society (MPS) zurück, benannt nach dem gleichnamigen Ort in der Schweiz, wo Hayek 1947 ein internationales Treffen von 38 Intellektuellen arrangierte, unter ihnen neben Hayek die Österreicher Ludwig v. Mises, Fritz Machlup und Karl Popper (Walpen 2004). Anlass des Treffens war die Hegemonie sozialdemokratischer Politik und die Gefahren, die sich daraus für eine „Ordnung der Freiheit“ ergaben. Hayek wusste, dass keine tiefgreifenden liberalen Reformen möglich sein würden, solange sich das „Klima der Ideen“ nicht grundlegend geändert habe. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war der Einfluss auf die öffentliche Meinung vorerst außer Reichweite. In seinem 1949 verfassten Aufsatz „The Intellectuals and Socialism“ klagte er, der eigenen Bewegung mangle es an großen Intellektuellen und die Schaltstellen der Medien seien allesamt von den Sozialisten „gefiltrert“ (Hayek 1949). Milton Friedman sprach daher von einem „Treffen zahlenmäßig unterlegener Truppen“ (zit. n. Plehwe/Walpen 2002, 188).

In den öffentlichen Gründungsstatuten der Mont Pelerin Society vom 10. April 1947 äußerten die Beteiligten in erster Linie die Besorgnis vor der Ausweitung des sozialdemokratischen Kollektivismus und den Vertrauensverlust in das Privateigentum und der freien Marktkonkurrenz. Unter „sozialistischen Bedingungen“ könne Freiheit nicht effektiv bewahrt werden. Daher verständigte sich die Gruppe auf weitere Forschungen v.a. in folgenden Bereichen: die Redefinition der Staatsfunktionen, um klar die Grenzen zwischen einer totalitären und einer liberalen Ordnung aufzeigen zu können; der Schutz privater Rechte vor räuberischer Macht („*predatory power*“); das Funktionieren des Marktes bei nur minimalen sozialen Standards; schließlich die Errichtung harmonischer internationaler Wirtschaftsbeziehungen.⁶ Es handelt sich dabei um eine Reihe grundlegender Prinzipien, die Hayek am letzten Tag als gemeinsame Basis vorschlug, nachdem zuvor bei den Diskussionsrunden auch etliche diver-

gierende Meinungen aufeinander trafen (laut Milton Friedman hat v. Mises, als einmal diskutiert wurde, ob und in welchem Ausmaß es eine staatliche Umverteilung geben sollte, die Runde verlassen und empört erklärt, sie seien ein Haufen von Sozialisten).⁷ Als Ziel wurde zunächst ausgegeben, dass es nicht darum gehe, sich einer Partei anzuschließen oder sich politisch zu äußern, sondern den Austausch von Ideen unter Gleichgesinnten und die Prinzipien einer freien Gesellschaft zu stärken.⁸ Nicht das unmittelbar Praktikable stand für Hayek im Vordergrund, sondern die langfristige Wirkung: „What to the contemporary observer appears as the battle of conflicting interests has indeed often been decided long before in a clash of ideas confined to narrow circles“ (Hayek 1949, 2).

Er unterstrich gleichwohl, wie wichtig hierfür entsprechende Netzwerke sind. In den folgenden Jahren entstand eine Vielzahl von Institutionen, die personell mit der MPS verbunden waren. Schon Anfang der 1960er Jahre konstatierte Egon Nawroth, dass sich die Träger neoliberaler Ideen, meist Fachwissenschaftler, international zu verschiedenen Gruppen zusammengeschlossen hätten, die in regem Gedankenaustausch miteinander stünden und auf regelmäßigen Tagungen der MPS um die Koordinierung ihrer gemeinsamen Interessen bemüht seien:

Die wissenschaftliche und literarische Qualifikation der zahlreichen Veröffentlichungen und nicht zuletzt das stark ausgeprägte Sendungsbewusstsein einzelner Vertreter trugen dazu bei, dass das neoliberale Gedankengut in der Theorie wie in der Praxis international zu ständig wachsendem Einfluss gelangen konnte (Nawroth 1961, 5f.).

Keith Dixon bezeichnet die MPS darum als das „Mutterhaus“ neoliberaler Think Tanks, denn mehrere von denen, die in die Arbeit der MPS eingebunden waren, haben später ihre eigenen Netzwerke geschaffen. Dazu gehört etwa der eingangs zitierte Feulner, Gründer und Präsident der in den USA beheimateten Heritage Foundation. In England war es der britische Milliardär Antony Fischer, der als Hauptgeldgeber des bereits 1955 gegründeten Insti-

tute of Economic Affairs (IEA) auftrat, bevor er die Schaffung neoliberaler Think Tanks in anderen angelsächsischen Ländern anregte und protegierte (Dixon 2000, 25f.).

Insgesamt lassen sich enge Verbindungen zwischen MPS Mitgliedern, deren Zahl sich seit der Gründung auf knapp über 1000 beläuft, zu weltweit mehr als 100 Think Tanks feststellen. Die meisten Mitglieder der MPS verzeichnen die USA (437), gefolgt von Deutschland (95), Großbritannien (93), Frankreich (69), Japan (41) und der Schweiz (37). Österreich liegt mit etwa 20 Mitgliedern⁹ im oberen Mittelfeld (Plehwe et al. 2006, 34ff.). Unter den Mitgliedern befinden sich zahlreiche prominente WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, etwa der tschechische Präsident Vaclav Klaus oder der ehemalige niederländische EU-Kommissar Frits Bolkenstein, der mit seiner Devise, „alle Hindernisse auf dem Markt wegzuschaffen“, für hitzige Debatten über die EU Dienstleistungsrichtlinie sorgte (*Der Standard*, 25./26. 6. 2005). Für den Einfluss neoliberaler Ideen ist jedoch weniger die Sichtbarkeit und Prominenz einzelner Personen wichtig, sondern ein weites, interagierendes Netzwerk, das sich auf Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien erstreckt (Plehwe et al. 2006, 39).

Wie Dixon ausführt, waren nach dem Zweiten Weltkrieg besonders die Verbindungen zwischen neoliberalen Theoretikern und Teilen der konservativen Parteien äußerst fruchtbar. So fanden sich in England einige aus dem Umkreis des IEA später unter den Vertrauten von Margaret Thatcher, die dem IEA in ihrer Regierungszeit „Gehör“ schenkte, wie es das Hayek Institut in einem Nachruf an den kürzlich verstorbenen Mitgründer Ralph Harris ausdrückte. Lord Harris – er wurde nach dem Wahlsieg der Konservativen 1979 in den Adelsstand erhoben – habe sie sogar einmal neckisch eine „IEA-ite“, ein Geschöpf des Instituts, genannt.¹⁰ Dieser Wahlsieg hing natürlich entscheidend mit der ökonomischen Krise jener Jahre zusammen. Dixon kommt jedoch zu dem Schluss, dass sich abgesehen davon der „Thatcherismus als neuer common sense der britischen Elite ohne die langwierige und geduldige theoretische Vorbe-

ereitung der mit dem IEA verbundenen Intellektuellen nicht hätte durchsetzen können“. Vorausgegangen sind dem Wahlsieg zwei Wahlniederlagen, weswegen die Arbeit des IEA seit 1974 noch Unterstützung vom Centre for Policy Studies erhielt. 1977 folgte das in Schottland gegründete Adam Smith Institute, dessen Direktor Madsen Piries 1987 denkwürdig festhielt: „Wir schlagen Dinge vor, die von den Leuten als reiner Wahnsinn angesehen werden. Und im Handumdrehen werden sie Gegenstand der Regierungspolitik“ (Dixon 2000, 44, 98).

In ähnlicher Weise analysiert Frank Fischer den Aufstieg neokonservativer Netzwerke in den USA. Während die Neokonservativen zuvor scharf gegen die Verquickung der liberalen Reformpolitik mit einer einflussreichen Expertentätigkeit opponierten, begannen sie in den 1970er Jahren selbst mit der Bildung einer „konservativen Gegenintelligenz“. Hochrangige Wirtschaftsleute wurden aufgefordert, in konservativ orientierte Forschungs- und Bildungsprojekte zu investieren. So entstand rasch ein Multimillionen-Dollar-Netzwerk aus konservativen Think Tanks, Forschungszentren, Bildungsprogrammen und Lehrstühlen an den großen Universitäten. Zum einen gewährleisteten sie einen regelmäßigen Austausch zwischen Vertretern von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Zum anderen wurden über diesen Austausch die Agenda und Strategien der konservativen Politik (mit-)bestimmt (Fischer 1997). Politische Beratungstätigkeit, einst von den Konservativen kritisiert, wurde nun umso eifriger betrieben:

Think Tanks, such as the Heritage Foundation, the Hoover Institute, the Center for the Study of American Business, and the American Enterprise Institute, were formed with corporate backing both to polemicize and, when necessary, as in the case of the National Bureau of Economic Research, to construct serious technical and empirical studies and political-philosophical arguments broadly in support of neoliberal policies (Harvey 2005, 44).

Während österreichische Gelehrte wie Joseph Schumpeter, Gottfried Haberler, Fritz Machlup und Oscar Morgenstern in den USA

schon vor dem Zweiten Weltkrieg angesehene akademische Anstellungen erhielten, blieben Hayek und v. Mises am Rande des Wissenschaftsbetriebs. Ihre jeweilige Tätigkeit in Chicago und New York wurde durch Mittel des Volker Fund finanziert (Vaughn 1994, 62ff.). Mises arbeitete an der Foundation for Economic Education und an der New York University. Aus seinen SchülerInnen gingen einige der wichtigsten VertreterInnen der Österreichischen Schule der 5. Generation hervor. Dass insbesondere v. Mises als extremer Außenseiter galt, war nicht unwesentlich seiner unversöhnlichen, radikal anti-sozialistischen Haltung geschuldet. Für ihn gab es nur eine legitime Staatsfunktion: Die Durchsetzung des Privateigentums und der Vertragsfreiheit. Jeder „korrigierende“ Markteingriff des Staates würde aus seiner Sicht nur das Gegenteil erreichen, jede Art staatlicher Unterstützung und Umverteilung zugunsten Armer oder Arbeitsloser führe beispielsweise unweigerlich zu noch mehr Armut und Arbeitslosigkeit. Sein Schüler Murray Rothbard ging noch einen Schritt weiter und lehnte den Staat zugunsten eines Privateigentumsanarchismus überhaupt ab (Hoppe 1996, 70f.).

Im Vergleich zur Chicago School, die durch ihr aggressives Marketing für ihre Ideen sehr erfolgreich war – Milton Friedman produzierte sogar seine eigene Fernsehserie „Free to Choose“ (Niemitz 2006) – blieben die „Austrians“ lange Zeit relativ unscheinbar. Erst mit der Nobelpreisverleihung an Hayek 1974 begann sich das Interesse an der Österreichischen Schule dann langsam, aber stetig zu steigern. An mehreren größeren US Universitäten wie die New York University, die George Mason University in Fairfax, Virginia, die California State University und die Hoover Institution an der Stanford University in Kalifornien waren ihre Vertreter auf dem Vormarsch (Leube 2000b, 6). 1976 gründete Rothbard zunächst die Zeitschrift „Journal of Libertarian Studies“. 1987 folgte die „Review of Austrian Economics“. 1982 wurde mit privaten Spendengeldern an der Auburn University, Alabama, das Ludwig von Mises Institute eingerichtet (Hoppe 1996, 79, 89). In der vordersten Reihe stand freilich der Nobelpreisträger Hayek.

Er war der erste von insgesamt acht Nobelpreisträgern für Wirtschaftswissenschaften aus den Reihen der MPS.¹¹ Durch seine ausgedehnte Lehr-, Forschungs- und Beratungstätigkeit in Wien, London, Chicago, Freiburg und Salzburg fanden seine Ideen ein breites Publikum. Besonders unterstützt wurde seine Arbeit von der Hoover Institution in Stanford, die später bei der Gründung des Wiener Hayek Instituts federführend mitwirkte. Sein Biograph Hans Hennecke bemerkt dazu:

Hayek ist durchaus stolz darauf, dass diese Einrichtung in einer illustren Dreiergruppe gemeinsam mit dem ehemaligen kalifornischen Gouverneur Ronald Reagan und mit Alexander Solschenizyn als ‚honorary fellow‘ verbunden ist. Auch andere Zentren wie das Adam Smith Institute, das Cato Institute, das Centre of Human Understanding, das Centre for Libertarian Studies, das Carl Menger Institut in Wien oder das Walter Eucken Institut in Freiburg spielen bei Hayeks Aktivitäten eine Rolle und helfen, seine Ideen im jeweiligen Land zu verbreiten (Hennecke 2000, 326f.).

1985 erhielt Hayek die seltene britische Auszeichnung eines „Companion of Honour“, 1991, kurz vor seinem Tod, folgte die höchste US-amerikanische zivile Auszeichnung, die „Presidential Medal of Freedom“.

Hoppe kommt zu dem Schluss, dass die Österreichische Schule in den USA wieder eine „unüberhörbare und unverkennbare intellektuelle Kraft“ darstellt (Hoppe 1996, 90). Er selbst ist an dieser Revitalisierung aktiv beteiligt. Zuletzt initiierte er Anfang 2006 die Property and Freedom Society.¹² Sie ist ähnlich konzipiert wie die MPS, möchte aber mit dem Motto „Uncompromising Intellectual Radicalism“ explizit für den „Austro-Libertarianism“ werben. Hayeks Aufsatz „The Intellectuals and Socialism“, einst eine inspirierende Quelle für die MPS, wird in der Prinzipienklärung weiterhin als aktuell und richtungweisend hervorgehoben:

What we lack is a liberal Utopia, a program which seems neither a mere defense of things as they are nor a diluted kind of socialism, but a truly liberal radicalism ... We need intellectual leaders who are willing to work for an ideal, however small may be the prospects of its early realization. They must be

men who are willing to stick to principles and to fight for their full realization, however remote. The practical compromises they must leave to the politicians (Hayek 1949, 14).

Ähnliches in der Heimat voranzutreiben, das hat sich das Wiener Hayek Institut auf die Fahnen geschrieben.

4. Das Wiener Hayek Institut: Heimkehr der Österreichischen Schule der Nationalökonomie

4.1. Personelle Strukturen: Bunt gemischt, weit verzweigt

Das Friedrich A. v. Hayek Institut, auch International Institute ‚Austrian School of Economics‘ (IIAE) genannt, wurde 1993, ein Jahr nach v. Hayeks Tod, mit Sitz in Wien und Stanford gegründet. „Es war der Wunsch Friedrich August von Hayeks, dass seine Ideen vor allem auch hier von Wien aus verbreitet werden“, erklärt Barbara Kolm-Lamprechter, die Generalsekretärin des Hayek Instituts.¹³ Hauptverantwortlich dafür waren Werner Tessmar-Pfohl, Vorstandsvorsitzender der SATTLER AG und Vizepräsident der Industriellenvereinigung (IV) und der am Hoover Institute in Stanford tätige Kurt Leube (Leube 2000b, 1). Es handelt sich also um eine vergleichsweise junge Einrichtung, die sich ganz dem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Denken Hayeks und der Österreichischen Schule verpflichtet fühlt. Es möchte die „weltweite wissenschaftliche Renaissance“ der Österreichischen Schule sowohl mit theoretischer Grundlagenforschung, als auch durch praxisnahe Lösungen für aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Probleme unterstützen (Leube 2000b, 2). Das Hayek Institut versteht sich als „Großhändler von Ideen“, das mit „wissenschaftlichen Publikationen, internationalen Konferenzen und durch andere Formen der Kommunikation“ für die Verbreitung seiner Anliegen wirbt. Im FAZ-Verlag gibt es die Buchreihe „The International Library of Austrian Economics“ heraus. Die Zielgruppen sind breit ge-

stret. „Seine Arbeit“, so heißt es im „Mission Statement“ weiter, „richtet sich in erster Linie an die Universitäten und Schulen, die Unternehmerschaft, die Medien, die Politik und den Klerus.“¹⁴ „Dem Ruf“, sich am IIAE zu beteiligen, sind zahlreiche namhafte Personen gefolgt. „Der Kreis der Mitglieder erweitert sich ständig“, wird stolz erklärt. Zu den Vorstandsmitgliedern zählten bisher, um nur einige zu nennen, Heinrich Neisser (ehemals II. Nationalratspräsident), Gerhard Riemer (IV), Ewald Novotny (BAWAG Chef), Manfred Prisching (Universität Graz) oder Herbert Krejci (ehemals Generalsekretär der IV) (Leube 2000a, 1). Als Präsident fungiert der ehemalige Chef der Creditanstalt Heinrich Treichl. Vizepräsidenten sind derzeit Christoph Kraus, Vorstandsvorsitzender der Kathrein & Co. Privatgeschäftsbank AG, und Werner Tessmar-Pfohl.

Dass das Hayek Institut keineswegs nationalen Grenzen verhaftet, sondern Teil eines internationalen Netzwerkes ist, zeigen allein die Zusammensetzung des Vorstandes und des wissenschaftlichen Beirates sowie die weit verzweigten Tätigkeiten der einzelnen Personen. Im 13-köpfigen Vorstand sind neben Wienern auch Mitglieder aus Stanford, London, Washington und Zürich vertreten. Die Verbindungen zwischen dem Hayek Institut und der MPS sind besonders eng. Drei der fünf aus dem Ausland vertretenen Personen im Vorstand sind zugleich Mitglied der MPS. Generalsekretärin Barbara Kolm-Lamprechter ist ebenfalls Mitglied der MPS. Der 12 köpfige wissenschaftliche Beirat besteht mit einer Ausnahme ausschließlich aus Mitgliedern aus dem Ausland, mit drei Ausnahmen ausschließlich aus Personen, die zugleich MPS Mitglieder sind. Victoria Curzon-Price (Genf) war von 2004 bis 2006 Präsidentin der MPS, Jesus Huerta de Soto (Madrid) im selben Zeitraum Vizepräsident, der kürzlich verstorbene Lord Harris of High Cross, Mitbegründer des IEA, war von 1982 bis 1984 Präsident der MPS, Christian Watrin (Köln) war es von 2000 bis 2002.¹⁵

Am Beispiel von Christian Watrin – er hat derzeit den Vorsitz des wissenschaftlichen Beirates inne – können die Verflechtungen mit an-

deren Tätigkeitsbereichen weiter exemplifiziert werden. Von 1971 bis 1995 war er Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Hayek bezeichnete ihn damals als „einen der feinsten und profiliertesten liberalen NationalökonomInnen Deutschlands“. Seit den 1970er Jahren gehört er außerdem dem Vorstand der Ludwig Erhard Stiftung an und ist im wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums von Deutschland. Daneben arbeitete er an zahlreichen ausländischen Universitäten und akademischen Institutionen, u.a. an der Georgetown University, der Princeton University, am Center for the Study of Public Choice und der Heritage Foundation (Leube 2000c, 9f.). Für seine Verdienste erhielt er 2005 die mit 10.000 Euro dotierte Hayek-Medaille.¹⁶ In seiner Funktion als Vorsitzender des Beirates möchte Watrin die „internationale Vernetzung der Institutionen im Geiste Hayeks weiter ausbauen“. Auch Hayek habe immer global gedacht, eine „borderless society“ sei sein Ideal gewesen.¹⁷ 14 unmittelbare Partnerinstitute nennt das Hayek Institut auf seiner Homepage, darunter die Heritage Foundation, das Ludwig von Mises Institut, das Cato Institute und das Institute of Economic Affairs.¹⁸

4.2. Die Stiftungsprofessur: Und mehr

Seit dem Sommersemester 2003 läuft an den österreichischen Universitäten die Hayek Stiftungsprofessur. Jedes Semester werden wechselnde internationale GastprofessorInnen geholt. Christian Watrin setzte an der WU Wien den Auftakt. Ziel ist die Erforschung und Lehre der Österreichischen Schule. Insbesondere sind sie „ein weiterer Schritt bei der Verbreitung der Ideen unseres Namensgebers.“¹⁹ Neben Lehre und Forschung möchte Generalsekretärin Kolm-Lamprecht auf diesem Weg die Expertise der „angesehenen Gelehrten“ für „heimische Entscheidungsträger aufbereiten“.²⁰ Die Stiftungsprofessur wird daher mit Veranstaltungen und Festvorlesungen verbunden, die regelmäßig von hochrangigen VertreterInnen aus Wis-

senschaft, Wirtschaft und Politik besucht werden. Sie wurde von Ex-Finanzminister Karl Heinz Grasser für das Hayek Institut ins Leben gerufen und von diesem gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft umgesetzt. Die Kosten von jährlich 200.000 Euro hat das Finanzministerium übernommen.²¹ Grundsätzlich wird das Hayek Institut durch Mitgliedsbeiträge und durch große Sponsoren finanziert, die nicht näher genannt werden.²² Einer davon ist der Staat – nicht nur durch die Finanzierung der „privaten“ Staatsprofessur. Konkret ist bekannt, dass das Finanzministerium bei diversen Veranstaltungen des Hayek Instituts als Geldgeber auftritt. Das Verhältnis zwischen dem Hayek Institut und speziell Ex-Finanzminister Grasser war äußerst gut. Eine parlamentarische Anfrage vom 25.3. 2004 merkte an, dass Grasser Beiträge für Publikationen des Hayek Instituts schrieb und sich in den letzten Jahren als gerngesehener Gast bei diversen Veranstaltungen zeigte, einige Male auch als Gastgeber in den Räumen des Finanzministeriums. In Bezugnahme auf den Förderungsbericht 2002 wurde festgestellt, dass das Hayek Institut 2002 rund 178.000 Euro und gemäß Bundesvoranschlag für 2003 rund 100.000 Euro an direkten Förderungen erhielt. Grasser wurde aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen.²³

Der Finanzminister antwortete, dass die Analysen und Anregungen des Hayek Instituts für sein Ressort „äußerst nützlich“ seien. Im Jahr 2002 erhielt das Institut von ihm daher 115.000 Euro, vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 200.000 Euro. Im Jahr 2003 beliefen sich die Beträge auf 105.000 Euro bzw. wiederum 200.000 Euro. Zusätzlich zu den 620.000 Euro für die Jahre 2002 und 2003 seien im Bundesvoranschlag weitere 100.000 Euro reserviert gewesen.²⁴ Im November desselben Jahres gab es „zur Hofierung des Hayek Instituts“ noch eine weitere parlamentarische Anfrage. Es wurde erneut kritisch festgehalten, dass Grasser dem von ihm „so hofierten neoliberalen Think Tank“ die Räume des Finanzministeriums zur Verfügung stellte. Thema der Veranstaltung am 18. 11. 2004 war der „internationale Wettbewerb der Steuerstandorte“. Veranstaltungen wie diese und die regelmäßigen Fördersummen

würden weniger Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit als ideologische Motive vermuten lassen. Grasser solle sich in dieser Angelegenheit und bezüglich künftiger Förderungen noch einmal erklären.²⁵ Dieser wies in seiner Antwort eingangs „zum wiederholten Male“ daraufhin, wie wichtig es sei, dass das Gedankengut der Österreichischen Schule an den österreichischen Universitäten initiiert wird. Das Hayek Institut schaffe daneben durch seine Kooperationen mit anderen Institutionen ein Forum, das „führende Wissenschaftler aus Europa, aus den USA und anderen Ländern“ zu Themen von wirtschafts- und finanzpolitischer Relevanz, im gegebenen Fall zum Steuerwettbewerb, zusammenbringe. Das Finanzministerium könne hierfür „selbstverständlich“ genauso wie für Aktivitäten des WIFO, IHS etc. zur Verfügung stehen. Nach einem entsprechenden Ansuchen sei dem Hayek Institut dafür 65.000 Euro gewährt worden. Wie in den beiden Jahren zuvor erhielt es außerdem die 200.000 Euro vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.²⁶ Im Förderbericht 2005 sind für das Jahr 2005 keine Gelder des Finanzministeriums verzeichnet, dafür im Bundesvoranschlag für 2006 106.000 Euro.²⁷

Die Förderungen des Finanzministeriums erschienen noch aus einem anderen Grund in einem schiefen Licht. Im März 2004 berichtete das Wochenmagazin *profil*, dass Kurt Leube, der akademische Leiter des Hayek Instituts, seit Jahren immer wieder als Dr. Kurt Leube auftrat, obwohl er nicht einmal einen Studienabschluss hat. Während seines Jusstudiums in Salzburg wurde Leube Assistent von Hayek, der den Studienabbrecher später nach Chicago mitnahm. Als volkswirtschaftlicher Referent der IV kehrte er zwischenzeitlich nach Österreich zurück. Der ehemalige Geschäftsführer des Hayek Instituts Theo Faulhaber erinnerte sich, dass er in der IV nur als Dr. Leube bekannt war. Er habe sich zwar immer als Kurt Leube vorgestellt, den Titel aber auch nie dementiert. Bekannt wurde das, als er 2002, er lehrte bis dahin an der Wiener Privatuniversität IMADEC, der Akkreditierungsbehörde keine entsprechenden Dokumente vorlegen konnte. Während Leube irreführende

Unterschriften als „unabsichtlich“ heruntergespielt, brachte IMADEC Chef Christian Joksch eine Klage bei der Staatsanwaltschaft ein und bezeichnete ihn als einen Hochstapler, auf den andere hoffentlich nicht so hereinfallen würden wie Finanzminister Grasser.²⁸

Grassers ideologische Nähe zum Hayek Institut wurde noch in einem anderen Zusammenhang aufgegriffen, der zugleich ebenfalls aufzeigt, wie neoliberale „Expertise“ erfolgreich verbreitet werden kann. In einer parlamentarischen Anfrage vom 7.4. 2005 ging es um das Buch „Wie funktioniert Wirtschaft wirklich“ der Autoren Walter Sonnleitner und Karl Heinz Muhr. Sonnleitner ist Wirtschaftsjournalist im ORF, Muhr Investmentbanker und Mitglied des Hayek Instituts. Außerdem gründete er den Verein „Freunde der österreichischen Nationalökonomie“. Grasser teilte Anfang 2005 200 Exemplare des Buches an Beamte seines Ministeriums als „Lektüre der besonderen Art“ aus, denn gerade für sein Ressort biete es „eine wertvolle Anregung, das eigene Handeln in einem größeren und damit durchaus differenzierten wirtschaftspolitischen Konnex zu sehen“. Bildungsministerin Gehrler zeigte sich gleichfalls angegan und kaufte 4.500 Stück für Schulen, da dieses Buch einen verständlichen Einstieg in die Wirtschaftsthematik biete. Die der Anfrage beigelegten Buchkritiken von zwei Ökonomen für die *Presse* und den *Standard* fielen dieser Begeisterung entgegen ganz anders aus. Nicht nur werde die Österreichische Schule völlig unkritisch als die einzig richtige, sondern auch noch falsch und schlecht dargestellt. Hansjörg Klausinger kommt im *Standard* zum Schluss: „Insgesamt kann dieses Buch, das Wirtschaftswissen nicht nur einseitig, sondern schlicht auf inakzeptablen Niveau vermittelt, für die wirtschaftliche Allgemeinbildung ... nur Schaden anrichten“.²⁹

4.3. Die Bratislava-Deklaration: Werben für ein neues Paradigma in der EU

Das Hayek Institut setzt sich nicht nur für einen Kurswechsel der österreichischen, son-

dem auch der europäischen Wirtschaftspolitik ein. Es unterstützt und wirbt daher für die Bratislava Deklaration, die dahingehend als beispielgebend erachtet wird. Sie ist das Ergebnis der Konferenz „Economic Reforms for Europe“, die vom slowakischen Institute for Economic and Social Reforms (INEKO) im März 2004 veranstaltet wurde. Unter den breit gestreuten TeilnehmerInnen waren die Finanzminister aus Österreich, Tschechien, Malta, Polen, der Slowakei und Slowenien.³⁰ Diskutiert wurden die Reform des Sozialsystems, Steuerreformen und künftige wirtschaftspolitische Herausforderungen im Allgemeinen, um die Weichen für ein günstiges Wirtschafts- und Investitionsklima zu stellen:

In order to provide the best possible outcome and to break the resistance that reforms often engender, the establishment of information channels about the reasons, content and consequences of economic and social reforms is necessary. The goal of the conference ... is to create a platform for the exchange of such information.³¹

Der slowakische Finanzminister Ivan Miklos, ein bekennender Hayek und Friedman Anhänger, hat sich mit seinen radikalen Reformen bereits als Mann fürs Grobe einen Namen gemacht. Selbst die Weltbank warf der slowakischen Regierung vor, das Land mit ihrem Reformtempo zu überfordern. „Auch die Weltbank kann irren“, entgegnete Miklos in einem Interview mit der *Zeit* knapp. In den 1990er Jahren leitete er den einflussreichen Think Tank MESA 10, der für die Regierung ökonomische Analysen erstellte. 1998 besetzten MESA Leute Schlüsselpositionen in der neuen Reformregierung. Als Finanzminister führte Miklos die Flat Tax ein. Seit 2004 zahlen alle Slowaken einheitlich 19% Steuern. Zugleich wurden die Sozialhilfesätze drastisch gekürzt. Miklos selbst erklärte, dass in Zukunft die sozialen Unterschiede größer würden. Initiative würde belohnt, Passivität bestraft werden. Auf die Frage, ob dann also jeder bekommt, was er verdient, antwortete er: „Genau“ (*Die Zeit*, Nr. 18/2004). Für seine Verdienste um die liberale Sache erhielt Miklos 2005 zusammen mit Watrin die Hayek-Medaille.³²

Daniel Mitchell, seines Zeichens „Chief Expert on Tax Policy and the Economy“ bei der Heritage Foundation, hofft in seiner Analyse der „Deklaration über zukünftige Wirtschaftsreformen in Europa“, dass durch die Politik von EU-Mitgliedsstaaten wie der Slowakei die Wohlfahrtsstaaten des „alten Europa“ zunehmend unter Druck kommen werden. Interessant sind in diesem Zusammenhang vor allem im Abschnitt II, die Punkte 3 und 4. Dort wird eine Neudefinition von öffentlichen Gütern gefordert. Die Deklaration drängt die Politiker zur Überlegung, ob öffentliche Güter, wie z.B. Ausbildung und Pensionen, nicht besser und effizienter durch den privaten Sektor bereitgestellt werden können. Punkt 4 fordert eine weitere Öffnung der Union für den externen Wettbewerb, um die Vorteile des internen Wettbewerbs durch den externen zu ergänzen. Im dritten Teil der Deklaration wird in der Folge auf die Grenzen des Wohlfahrtsstaates hingewiesen. Zum einen stelle die Globalisierung heute gängige Formen der Umverteilung an sich in Frage. Abgesehen davon würden übermäßige Transferzahlungen auf der einen Seite den Anreiz des Kapitals, zu produzieren, auf der anderen Seite den Anreiz der Arbeitskräfte, Beschäftigung zu suchen, stark vermindern. Wenn auch durch den Beitritt der zehn neuen Mitgliedsstaaten im Jahr 2004 die Gesamtwirtschaftsleistung nur in geringem Maße gestiegen ist, hofft Mitchell und mit ihm das Hayek Institut dennoch auf eine paradigmatische Wende: Weg vom absterbenden Wohlfahrtsstaat, hin zu einer liberalen Wachstumspolitik. Die EU-Erweiterung, schlussfolgert er, „may be the secret weapon in the battle against the welfare state. Friedrich Hayek doubtlessly will smile from above if free market reform is an unintended consequence of an expanded EU“.³³

Im Gegensatz zur Lissabon-Strategie schätzt das Hayek Institut die konkrete Zielformulierung der Bratislava Deklaration. John Tkacik kann mit der Lissabon Strategie zwar auch positive Entwicklungen verbinden, vor allem die Abkehr vom „Wohlfahrtsstaat-Paradigma“ zugunsten eines „Wirtschaftswachstumsparadigmas“. Letzteres würde aber zu wenig betont werden und

teilweise würden sich ausschließende Ziele verfolgen, z.B. einerseits die Erhaltung tradierter Arbeitsverhältnisse, zum anderen die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Gerade die Gewerkschaften stünden jeder Entwicklung in Richtung Konkurrenzfähigkeit und Arbeitsmobilität entgegen und damit der Verwirklichung der Lissabon-Strategie.³⁴ Die Gewerkschaften gehören zu jenen Gruppen, setzt Georg Vetter in einem Essay nach, „die unter dem Schlagwort ‚neoliberal‘ die Angst vor einer freien Welt schüren“. So eine Mentalität sei letztlich die Wegbereiterin der Unmündigkeit. Ihr mangle es an einem positiven Verhältnis zur Freiheit:

Wer daran glaubt, dass Erfüllung etwas mit der Möglichkeit zur Verwirklichung des eigenen Weges zu tun hat, wird sich nicht in die ‚fürsorglichen‘ Arme des Staates werfen. Er wird von diesem Staat größtmögliche Freiräume verlangen.

Das erste, was Vetter als Bedingung einer freien Gesellschaft einfällt, ist die Senkung der Steuerlast:

Die Senkung der Körperschaftssteuer auf 25 % sowie die Einführung der Gruppenbesteuerung erscheinen diesbezüglich als Schritte in die richtige Richtung. Ähnliche Schritte bei der Lohn- und Einkommenssteuer müssten konsequenterweise folgen.³⁵

4.4. Think Tanks unter sich

In einer Präsentation von Generalsekretärin Kolm-Lamprechter, vorgestellt an der „1st European Think Tank School“ in Vilnius im November 2004, betonte sie besonders die Bedeutung von Netzwerken für den Erfolg von Think Tanks. Innerhalb eines Netzwerkes entstehen, zirkulieren und verstärken sich Ideen. Erst durch die Verbindungen von Think Tanks untereinander und zu anderen Institutionen und wichtigen Personen werden Ideen einflussreich, zu einer „powerful resource for public affairs activities, because policy-makers need basic information about the world and the societies they govern“. Zu den Strategien internationaler Vernetzung gab sie folgende Stichworte vor: „Attend conferences, exchange research work,

best practises on analysis on policy problems, keep contacts“.³⁶ Zur internationalen Vernetzung von Think Tanks gehören außerdem Preise, die untereinander verliehen werden. Im April 2005 wurde dem Hayek Institut in Miami beim „Liberty Forum“ der Atlas Foundation, einer jährlichen Zusammenkunft von Entscheidungsträgern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aus aller Welt, der Templeton Freedom Award für Free Market Lösungen verliehen.³⁷ So wie das Hayek Institut ist auch die Atlas Foundation ein internationaler Free Market Think Tank, der als großer Netzwerknoten mit 250 Think Tanks in 67 Ländern der Erde kooperiert. Barbara Kolm-Lamprechter fühlte sich darum doppelt geehrt, unter den internationalen Preisträgern zu sein. „Dieser Preis wird uns für herausragende Leistungen bei der Umsetzung von Free Market Ideen und für Kontinuität in der gesamten Arbeit verliehen“. Für Vizepräsident Christoph Kraus war dies ein zusätzlicher Ansporn, diese Ideen künftig noch aktiver zu „promoten“. Das Hayek Institut stehe für „unverwässerte Reformansätze“, die laufend in den politischen Diskurs eingebracht werden.³⁸ Aber weiterer Handlungsbedarf ist gegeben, betont Kraus. Wie der vom Wall Street Journal und der Heritage Foundation erstellte „Index of Economic Freedom“ zeigt, liegt Österreich mit Rang 19 nur knapp in der zweiten Kategorie „Mostly Free“. „Wir stehen im internationalen Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften und können nur bestehen, wenn wir diesem mit so wenig Beschränkungen wie nur möglich frei und offen begegnen“.³⁹

Der Index of Economic Freedom wird mittlerweile unter Think Tanks in konkurrierenden Versionen erarbeitet. Neben dem der Heritage Foundation gibt es z.B. eine Version des kanadischen Fraser Instituts. Solche Projekte werden oft aus dem Kreis der MPS Mitglieder angestoßen und von Think Tanks einzeln oder kooperativ umgesetzt. Der Index of Economic Freedom wird dann als Quelle benutzt, um Ergebnisse anderer statistischer Projekte wie den Human Development Index der Vereinten Nationen zu widerlegen (Plehwe et al. 2006, 36). Im März 2006 durfte sich das Hayek Institut

neuerlich freuen: „Das Hayek Institut ist, zum zweiten Mal in zwei Jahren, Gewinner eines der wichtigsten Preise der internationalen free-market Welt!“⁴⁰ In der Kategorie „Ethics and Values“ wurde Kolm-Lamprechter neuerlich der Templeton Freedom Award für die Umsetzung des Themas „Roots of Capitalism“ überreicht. Grundanliegen der Themenreihe war es, ein aufgeschlossenes Verständnis von Kapitalismus zu fördern, erklärte Kolm-Lamprechter:

Kapitalismus steht für kapitalbasierte Wirtschaft. Von dieser leben wir alle tagtäglich. Was für den Standort gut ist, ist daher für jede Bürgerin und für jeden Bürger gut: Steuerentlastung, innere und äußere Sicherheit, Leistungsprinzip in Bildung und Wirtschaft.⁴¹

Ende Juni 2006 fand in Wien das „European Resource Bank Meeting 2006“ statt. Es handelte sich dabei um eine mit dem Liberty Forum der Atlas Foundation vergleichbaren alljährlichen Tagung von Free Market Instituten in Europa. VertreterInnen von 15 europäischen und amerikanischen Think Tanks sowie VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft wurden eingeladen, um Strategien zu erörtern, liberale Ideen in Europa zu stärken.

The topics are wide-ranging, from issues of European economic integration, to national educational outreach and student programmes. The Resource Bank Europe also provides unparalleled networking opportunities for those within the European free-market and limited-government community,

hieß es in einer Presseaussendung.⁴² Die geladenen Gäste trafen sich relativ einhellig im Abgesang auf den Sozialstaat. Der ehemalige israelische Premier und Finanzminister Benjamin Netanjahu kritisierte die völlig verfehlt europäische Wirtschaftspolitik. „Westeuropa befindet sich in einer Krise, auch wenn sie es noch nicht wissen“, Sicherheit alleine sei zu wenig. Darum habe Österreich kaum ein Wirtschaftswachstum vorzuweisen, während Israels Wirtschaft jährlich um 6 % wachse. Der slowakische Finanzminister Ivan Miklos lobte die Flat Tax als überzeugendes Steuermodell und betonte, dass nur ein starkes Wirtschaftswachstum Menschen aus der Armut befreien

könne. Der ehemalige russische Regierungsberater Andrei Illarionov illustrierte selbige Botschaft, nämlich dass Gesellschaften ohne staatliche Eingriffe besser dran sind, mit einem „überzeugenden“ Beispiel: Nach dem Hurrikan Katrina im Jahr 2005 in New Orleans hätten die staatlichen Behörden komplett versagt. Der Privatsektor sei da viel geschickter vorgegangen. „Die meisten haben sich einfach in ihre Autos gesetzt und sind davon gefahren“ (*Der Standard*, 1./2. 7. 2006).

5. Resümee

Transnationale Diskursgemeinschaften sind nicht nur im neoliberalen Lager zu finden. Ähnliche Entwicklungen sind im Lager der Globalisierungskritiker und bei kommunitaristisch inspirierten Intellektuellen-Netzwerken zu erkennen. Allein seit Ende der 1990er Jahren wurden in der EU vier große Netzwerke gegründet. Nach dem neoliberalen Stockholm-Netzwerk entstand das New Governance Network im Umfeld der Neuen Sozialdemokratie, das Transform Europe Netzwerk der radikalen Linken sowie zuletzt das Ideen-Netzwerk im Umfeld der konservativen Fraktion des Europaparlaments. Diese Bestrebungen lassen nach Dieter Plehwe vermuten, „dass in den verschiedenen weltanschaulichen Lagern ein erhöhter Bedarf grenzüberschreitender wissens- und ideenpolitischer Kompetenz und Koordination konstatiert wird“ (Plehwe 2005, 26f.). So sieht es auch Frank Fischer, um dann zum Ergebnis zu kommen, dass durch die steigende Politisierung der Beratertätigkeit nicht der politische Pluralismus gestärkt wurde, sondern die Möglichkeiten des agenda-settings einer in der Gesamtheit kleinen Zahl führender RepräsentantInnen aus Wirtschaft und Politik durch die Arbeit diverser privater Eliteinstitutionen (Fischer 1997).

Die USA stellen dahingehend sicher noch immer einen Sonderfall dar (Campbell 2006). Allerdings ist ähnliches auch in Österreich am Beispiel des Hayek Instituts zu beobachten. Dass es in der breiten Öffentlichkeit relativ unbekannt

ist, sagt keineswegs etwas über den Erfolg seiner Arbeit aus. Das Zielpublikum sind vornehmlich Funktionseleiten in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft, was allein die personelle Zusammensetzung des Hayek Instituts unterstreicht. Das Hayek Institut streitet dabei nicht auf einsamen Posten um die Köpfe der Menschen, sondern als Teil eines gut organisierten internationalen Think Tank Netzwerkes, das die strukturelle und argumentative Wirkungskraft neoliberaler Positionen entscheidend steigert. Andere demokratische Akteure bzw. demokratisches Handeln an sich werden nicht ohne Missfallen beobachtet, insofern sie „die freie Marktwirtschaft“ – die Freiheit, die *sie* meinen – stören. Im September 2006 forderte das Libertäre Institut in Deutschland unter dem Motto „Weniger Demokratie wagen!“ gar den Wahlrechtsentzug für alle „Unproduktiven“, also all jene, die nicht in der privaten Wirtschaft arbeiten. Ähnliches hätten auch Hayek und jüngst Hoppe als einzigen Ausweg aus dem Totalitarismus schon angedacht.⁴³ Das Szenario von unzulässigen politischen Übergriffen auf die Freiheit des Individuums und die Marktsphäre steht auch hinter Watrins Aussage bei seiner Antrittsvorlesung an der WU Wien 2003, es gebe in Form einer „ungeplanten Gesellschaft“ (Hayek) „eine realistische Alternative zu der oft vertretenen Auffassung, Ordnung könne nur durch konkretes, politisches Handeln entstehen“.⁴⁴ In seiner Festschrift wird außerdem folgendes Zitat von ihm vorangestellt: „Markt und Politik ... unterscheiden sich vor allem dadurch, dass Politiker – anders als in der Regel Unternehmer – die Macht haben, die Spielregeln des Marktes zu ändern“ (Leube 2000c, 9).

Diese Aussage ist genauso richtig wie falsch. Der von den Neoliberalen ständig zur Schau gestellte Dualismus von Politik versus Markt verschleiern den organisierten Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft, lenkt ab von der Phalanx an Lobbyisten und Experten, die national wie international intervenieren, um die „Spielregeln des Marktes“ kräftig mit zu gestalten. Intellektuelle und Think Tanks als Entwickler, Träger und Kommunikatoren von neoliberalen Ideen sind in ihrem Bestreben, politi-

sche und ökonomische Entwicklungen zu beeinflussen, darüber zu urteilen, was „gutes“ und „schlechtes“ Regieren ist, ein zentraler Bestandteil dieser Phalanx (Plehwe et al. 2006, 45). Dabei gibt sich das Hayek Institut – ganz wie sein Namensgeber – denkbar Mühe, seine politischen Botschaften auf ein überschaubares Gut-Böse-Schema herunter zu brechen. So erregte Präsident Treichl in einem Interview im Sommer 2006 mit einigen Aussagen über die „Roten“ und die „Bawag-Affäre“ den Einspruch der Journalistin, ob er denn das nicht alles ein wenig zu einseitig sehe. Er antwortete:

Das gebe ich zu, ich inkliniere dazu, alles auf den Gegensatz Sozialismus – Kapitalismus zurückzuführen. Ich bin immer mehr der Überzeugung, dass der Kapitalismus die einzig richtige Form der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung ist (*Der Standard*, 22./23. 7. 2006).

In diesem Sinne möchte das Hayek Institut künftig noch nachdrücklicher die „Expertise“ internationaler Gelehrter „für heimische Entscheidungsträger“ aufbereiten und die Verbreitung neoliberaler Ideen und Politikansätze in Österreich „aktiv promoten“. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass sich das Hayek Institut bezüglich diverser Förderungen gerne in die „fürsorglichen Arme des Staates“ wirft, um dann mit entsprechenden Projekten für das Ende der Umverteilungspolitik zu werben. Im Jahr 2007 liegt der Schwerpunkt beim Thema Deregulierung. Mit verschiedenen Aktivitäten, z.B. mit der Erstellung eines Index der Liberalisierung, will es die Effizienz marktwirtschaftlicher Lösungen herausstellen.⁴⁵ Die von Finanzminister Grassler und dem Hayek Institut ins Leben gerufenen wechselnden Gastprofessuren zeigen, dass die Österreichische Schule der Nationalökonomie auch an den Universitäten wieder einen Platz gefunden hat. Durch die Stiftungsprofessur, mit Publikationen und zahlreichen anderen Aktivitäten wird an einer kontinuierlichen Präsenz neoliberaler Themen gebastelt. Es ist anzunehmen, dass sie umso wirksamer in den politischen Entscheidungsprozess einsickern werden, je mehr die für Österreich typische Konsenspolitik erodiert.

ANMERKUNGEN

- 1 Für die Kritik und Unterstützung bei der Überarbeitung des Beitrags möchte ich Dieter Plehwe vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) sowie Birgit Kunrath herzlich danken.
- 2 Buena-vista-neoliberal?: Warum Think-Tank-Monitoring?, Internet: www.rosalux.de/buena-vista/bvn_about_ger.html
- 3 Newsletter 1/2007, Internet: <http://www.hayek-institut.at/deutsch/1123/news/article/hayek/6229/75/>
- 4 „Der Heiligenschein ist angekratzt, aber der Neoliberalismus ist noch immer sehr stark“. Interview mit Prof. Kurt Rothschild (2004), Internet: <http://www.zeitschrift-intervention.de/seiten/deutsch/download/INTERVENTION%202-2004%20Rothschild.pdf>
- 5 Buena-vista-neoliberal?: Warum Think-Tank-Monitoring?, Internet: www.rosalux.de/buena-vista/bvn_about_ger.html
- 6 Internet: www.montpelerin.org/aboutmps.html sowie Internet: www.montpelerin.org
- 7 Greg Kaza (1997): Features: The Mont Pelerin Societys 50th Anniversary, Internet: www.fee.org/publications/the-freeman/article.asp?i=4877
- 8 www.montpelerin.org/aboutmps.html
- 9 Die Zahl ist mit Ungenauigkeiten behaftet, u.a. weil die gebürtigen Österreicher Friedrich v. Hayek, Ludwig v. Mises, Fritz Machlup, Karl Popper und Kurt Leube entsprechend ihrem Wohnsitz überwiegend in den US-amerikanischen bzw. englischen MPS Mitgliedslisten geführt werden. Ferner sind folgende Mitglieder aus Österreich bekannt: Thomas Chaimowicz (Universität Salzburg, gest. 2002), Alexander Hryntschak (Mitbegründer und Präsident der Vereinigung Österreichischer Industrieller, gest. 1974), Reinhard Kamitz (Finanzminister, Präsident der OeNB, gest. 1993), Max Thun (Finanzminister, gest. 1993), Erika M. Ritter v. Kühnelt-Leddhin (gest. 1999), Egon Sohmen (Kieler Institut für Wirtschaftsforschung, gest. 1977), Barbara Kolm-Lamprecht, Christoph Kraus (beide Hayek Institut), Erich Streissler (Universität Wien), Wilhelm Taucher, Heinrich Treichel sowie der Präsident des Carl Menger Instituts, Albert Zlabinger (vgl. Plehwe/Walpen 2007, im Erscheinen).
- 10 Newsletter 1/2007, Internet: <http://www.hayek-institut.at/deutsch/1123/news/article/hayek/6229/75/>
- 11 Die anderen Nobelpreisträger waren Milton Friedman, George Stigler, Maurice Allais, Gary Becker, James Buchanan, Ronald Coase und Vernon Smith.
- 12 Internet: www.propertyandfreedom.org/; das zweite Treffen der PFS fand von 24.-28. Mai 2007 wie zuletzt in Bodrum, Türkei statt. www.propertyandfreedom.org/resources/PFS-meeting-program-2007.pdf
- 13 Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1147/news/article/hayek/6331/142/
- 14 Mission Statement: Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1093/cms/
- 15 Hayek Institut, Internet: www.neosprech.de/wiki/index.php/Hayek_Institut
- 16 Programm der Hayek-Tage 2005, Internet: http://www.hayek.de/docs/2005/Programm_Hayek-Tage_2005.pdf
- 17 Newsletter 01/2005, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1123/news/article/hayek/1694/75/
- 18 Partnerinstitute, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1101/cms/
- 19 Newsletter 04/2004, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1123/news/article/hayek/1692/75/
- 20 Hayek Institut: Wien wird zur Hauptstadt der freien Marktwirtschaft, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1149/news/article/hayek/4586/143/
- 21 Nach Auskunft des Wissenschaftsministeriums läuft seit 2003 mit dem Hayek Institut ein Vertrag mit jährlich 200.000 Euro. Der derzeitige Vertrag endet im September 2007. Das Geld wird vom Finanzministerium bereitgestellt.
- 22 Mission Statement, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1093/cms/
- 23 Anfrage der Abgeordneten Ruth Becher und Genossinnen an den BFM betreffend der Förderung des Friedrich A. v. Hayek Instituts, Nr. 1626/J, 25.3. 2004, Internet: http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXII/J/J_01626/FNAME_ORIG_018721.HTML
- 24 BMF: Anfragebeantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1626/J, 25.3. 2004, Internet: http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXII/AB/AB_01606/fname_021094.pdf
- 25 Anfrage der Abgeordneten Ruth Becher und Genossinnen an den BFMF betreffend der Hofierung des Hayek Instituts, Nr. 2341/J, 18.11. 2004, Internet: http://www.parlament.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXII/J/J_02341/fname_030707.pdf
- 26 BMF: Anfragebeantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2341/J, 18.11. 2004, Internet: http://www.parlinkom.gv.at/portal/page?_pageid=908,829404&_dad=portal&_schema=PORTAL
- 27 Internet: https://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/Berichte/Bilanzen/Foerderungsbericht_2005.pdf, 20. 3. 2007.
- 28 „Akademische Würde“, profil, Nr. 13/22.3. 2004.
- 29 Anfrage des Abgeordneten Kogler, Freundinnen und Freunde an den BFM betreffend Verteilung Buch „Lektüre der besonderen Art“ und die dadurch resultierenden Kosten für den Steuerzahler, 2864/J, 7.4. 2005, Internet: http://www.parlinkom.gv.at/pls/portal/docs/page/PG/DE/XXII/J/J_02864/FNAME_ORIG_038422.HTML
- 30 Conference Agenda, Internet: <http://www.ineko.sk/euroreform/menu3.htm>

- 31 Background, Internet: <http://www.ineko.sk/euro-reform/menu1.htm>
- 32 Programm der Hayek-Tage 2005, Internet: http://www.hayek.de/docs/2005/Programm_Hayek-Tage_2005.pdf
- 33 Daniel Mitchell über die Bratislava Deklaration, Internet: <http://www.ineko.sk/euroreform/menu7.htm>
- 34 Lissabon Strategie oder Lissabon Tragödie?, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1123/news/article/hayek/5021/75/
- 35 Mehr Markt – mehr Freiheit – mehr Verantwortung, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1123/news/article/hayek/5021/75/
- 36 Barbara Kolm Lamprecht: Networks of Think Tanks in Europe: overview, perspectives, strategies, Internet: <http://www.freema.org/Events/Papers/bl.pdf>
- 37 Newsletter 02/2005, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1123/news/article/hayek/5021/75/
- 38 F.A. v. Hayek Institut mit einem der wichtigsten internationalen Preise für Free Market Lösungen geehrt, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1149/news/article/hayek/3796/143/
- 39 Newsletter 02/2005, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1123/news/article/hayek/5021/75/
- 40 Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1092/cms/
- 41 Hayek Institut: Wien wird zur Hauptstadt der freien Marktwirtschaft, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1149/news/article/hayek/4586/143/
- 42 3rd Resource Bank Europe, Internet: www.hayek-institut.at/deutsch/1097/termine/article/hayek/798/
- 43 Newsletter 1/2007, Internet: <http://www.hayek-institut.at/deutsch/1123/news/article/hayek/6229/75/>
- 44 Christian Watrin: Friedrich A. v. Hayeks Theorie der Freiheit. Antrittsvorlesung anlässlich der Übernahme der Hayek-Stiftungsprofessur am 22.1. 2003 an der WU Wien, Internet: http://www.hayek-institut.at/downloads/docs/4037_Antrittsvorlesung_Watrin.pdf
- 45 „Weniger Demokratie wagen!“ fordert jetzt das Libertäre Institut, Internet: http://www.libertaeres-institut.de/pm/li_pressemitteilung_04_wahlrecht.pdf
- neuen Wirtschaftspolitik. The International Library of Austrian Economics, Bd. 5, Frankfurt, 79–85.
- Fischer*, Frank (1997). Die Agenda der Elite. Amerikanische Think Tanks und die Strategien der Politikberatung, Internet: <http://www.staff.uni-marburg.de/~rillingr/wpl/texte/fischer.htm>
- Gellner*, Winand (1995). Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think-Tanks in den USA und in Deutschland, Opladen.
- Greiß*, Franz/Fritz Meyer (Hg.) (1961). Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festaussgabe für Alfred Müller-Armarck, Berlin.
- Harvey*, David (2005). A Brief History of Neoliberalism, Oxford.
- Hayek*, Friedrich v. (1949). The Intellectuals and Socialism, Internet: www.mises.org/etexts/hayekintellectuals.pdf
- Hayek*, Friedrich (1971a). Die Verfassung der Freiheit, Tübingen.
- Hayek*, Friedrich (1971b). Der Weg der Knechtschaft, München.
- Hayek*, Friedrich (1979). Liberalismus. Vorträge und Aufsätze, Tübingen.
- Hayek*, Friedrich (1996). Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien, Tübingen.
- Hennecke*, Hans Jörg (2000). Friedrich A. von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf.
- Hoppe*, Hans-Hermann (1996). Die Österreichische Schule und ihre Bedeutung für die moderne Wirtschaftswissenschaft, in: Karl-Dieter Grüske (Hg): Die Gemeinwirtschaft. Kommentarband zur Neuauflage von Ludwig v. Mises' „Die Gemeinwirtschaft“, Düsseldorf, 65–90.
- Hoppe*, Hans-Hermann (2003b). Demokratie. Der Gott, der keiner ist, Leipzig.
- Kaza*, Greg (1997). Features: The Mont Pelerin Society's 50th Anniversary, Internet: www.fee.org/publications/the-freeman/article.asp?4877
- Keynes*, John M. (1936). Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.
- Kreuzer*, Franz (Hg.) (1983). Markt. Plan. Freiheit. F.K. im Gespräch mit Friedrich von Hayek und Ralf Dahrendorf, Wien.
- Kreuzer*, Franz/Peter Wilhelmer (Hg.) (2004). Big Brother und seine Masken, Wien.
- Leube*, Kurt (Hg.) (2000a): Von Menger bis Mises. International Library of Austrian Economics, Bd. 1, Frankfurt.
- Leube*, Kurt (Hg.) (2000b): Von Hayek bis White. International Library of Austrian Economics, Bd. 2, Frankfurt.
- Leube*, Kurt (Hg.) (2000c): Vordenker einer neuen Wirtschaftspolitik. The International Library of Austrian Economics, Bd. 5, Frankfurt.
- Marx*, Karl/Friedrich Engels (1999). Manifest der Kommunistischen Partei, Stuttgart.
- MEW* (1969), Bd.3, Berlin.

LITERATURVERZEICHNIS

- Campbell*, John (2006). Knowledge Regime and Comparative Economy, Working Paper, Internet: http://govnetconference2006.anu.edu.au/papers_etc/campbped.pdf
- Dixon*, Keith (2000). Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz.
- Feulner*, Edwin (2000). Conservatism: Why I am an Optimist, in: Kurt Leube (Hg.): Vordenker einer

- Mises, Ludwig v. (1922). Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena.
- Mises, Ludwig v. (1978). Erinnerungen, Stuttgart.
- Nawroth, Egon Edgar (1961). Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus, Heidelberg.
- Niemitz, Kristian (2006). Wien und Chicago. Zwei Wege nach Rom, Internet: <http://liberalestimme.blogspot.com/2006/03/16/wien-und-chicago-zwei-wege-nach-rom/>
- Plehwe, Dieter (2005). Quellen des Neoliberalismus, in: WZB-Mitteilungen/Heft 110, 25–27, Internet: <http://www.wz-berlin.de/publikation/pdf/wm110/25.pdf>
- Plehwe, Dieter/Bernhard Walpen (2002). Wissenschafts- und ideologiepolitische Bollwerke – Die internationale Mont Pelerin Society und Think Tank Bewegung für eine neoliberale kapitalistische Globalisierung, in: Christine Buchholz/Anne Karrass (Hg.): Unsere Welt ist keine Ware, Köln, 185–197.
- Plehwe, Dieter/Bernhard Walpen (2007). Buena Vista Neoliberal? Eine klassentheoretische und organisationszentrierte Einführung in die transnationale Welt neoliberaler Ideen, in: Klaus Gerd Giessen (Hg.): Ideologien in der Weltpolitik, Wiesbaden, im Erscheinen.
- Plehwe, Dieter/ Bernhard Walpen/Gisela Neunhöffer (Hg.) (2006). Neoliberal Hegemony. A Global Critique, London/New York.
- Schwarz, Gerhard (2000). Das Staatspflichtenheft und seine Begrenzung durch direkte Demokratie, in: Kurt Leube (Hg.): Vordenker einer neuen Wirtschaftspolitik. The International Library of Austrian Economics, Bd. 5, Frankfurt, 223–232.
- Vaughn, Karen (1994): Austrian Economics in America. The Migration of a Tradition, Cambridge.
- Walpen, Bernhard (2004). Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin-Society, Hamburg.
- Watrin, Christian (2003). Friedrich A. v. Hayeks Theorie der Freiheit. Antrittsvorlesung anlässlich der

Übernahme der Hayek-Stiftungsprofessur am 22.1.2003 an der WU Wien, Internet: http://www.hayekinstitut.at/downloads/docs/4037_Antrittsvorlesung_Watrin.pdf

Went, Robert (1997). Ein Gespenst geht um... Globalisierung!. Eine Analyse, Zürich.

Zeitungen

- „Von der Unmöglichkeit des Sozialismus. Zum 30. Todestag von Ludwig von Mises“, von Hans-Hermann Hoppe, *Junge Freiheit* Nr. 43/2003a.
- „Der EU gehören Grenzen gesetzt“ Interview mit Frits Bolkenstein, *Der Standard*, 25. / 26. 6. 2005.
- „Westeuropa ist in tiefer Krise“, *Der Standard*, 1./2. 7. 2006.
- „Elsners Egalite der Gutangezogenen“. Interview mit Heinrich Treichl, *Der Standard*, 22./23. 7. 2006.
- „Akademische Würde“, *profil*, Nr. 13/22.3. 2004.
- „Der Mann, der die 19 Prozent erfand“, *Die Zeit*, Nr. 18/2004.

AUTOR

Michael GIRKINGER, geboren 1979, studierte in Salzburg Geschichte und Politikwissenschaft In Politikwissenschaft verfasste er seine Diplomarbeit zum Thema „Neoliberalismus – Freiheit und struktureller Zwang. Eine ideen- und strukturgeschichtliche Untersuchung“. Forschungsschwerpunkte: politische Ideengeschichte, politische Ökonomie, Globalisierung.

Kontakt: Leharstr. 18/120, A-4020 Linz
E-mail: michael.girkingner@sbg.ac.at